

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: 886846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Professor Gert Weisskirchen MdB zu den Perspektiven des Balkanstaates: Der Traum vom europäischen Jugoslawien.

Seite 1

Gert Börsen MdL zur Regierungspolitik der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein: Trotz Sparzwang - Keine Abstriche bei Reformpolitik.

Seite 3

Dr. Dietmar Malterre MdB zur Lage in der Krisenregion Lausitz: Enttäuschung, Hoffnungslosigkeit, Verzweiflung.

Seite 4

Rolf Langenberger MdL zur Gauweiler'schen Verharmlosungs-Strategie: Gen-Manipulationen über den Versandhandel.

Seite 6

47. Jahrgang / 47

9. März 1992

### Der Traum vom europäischen Jugoslawien Zu den Perspektiven des Balkanstaates

Von Professor Gert Weisskirchen MdB

Im Auseinanderbrechen des vormaligen Jugoslawien entscheidet sich die Zukunft Europas. Als im vorigen Sommer der erste Schuß fiel, traf er uns alle. Er löste aus eine Lawine der Gewalt. Er legte bloß die künstliche Gestalt eines falschen Internationalismus. Und er gab den demagogischen Versuchern eine schreckliche Chance. Sie nutzen sie. Tudjman und Milosevic blendeten ihre Völker. Wie lange ist es her, daß die Zwillingsbrüder des Titoismus ihren Machthunger verbargen hinter der kommunistischen Maske? Haben sie nicht die Maske vertauscht? Zeigt nicht die Rückseite des Kommunismus die Maske des Chauvinismus?

Wir Deutsche sind durch die Hölle dieses Jahrhunderts gegangen. Auf uns lastet nicht vergehende Schuld. In den deutschen Namen haben Deutsche für alle Zeit eingebrannt Holocaust. Die Versuchungen des Totalitarismus hatten Deutsche verführt. Hat uns der Sturz die Augen geöffnet? Erkämpft hatten wir sie uns nicht, die Demokratie. Sie wurde uns verliehen nach 1945. Heute wissen wir: eine Gesellschaft, die von unten aus dem Willen Ihrer Bürgerinnen und Bürger wächst, sich von den demagogischen Verstrickungen zu lösen, wird sich seiner selbst bewußt. Sie wird sich von den Konflikten nicht mehr überwältigen lassen, die am Rande des Weges zur Modernisierung liegen. Sie wird immer zivile Lösungen suchen, weil sie weiß: Gewalt wird immer neue Gewalt hervorrufen, Haß immer neuen Haß.

Die vierzehntausend Blauhelme der UNO kommen. Endlich. Sie werden beruhigen. Aber nur, wenn die Streitzone selbst zur Ruhe kommen. Der Frieden hat eine neue Chance. Von oben kann er nicht angeordnet werden. Er muß von unten wachsen. Aus dem Willen der Menschen, dem Krieg abzusagen. Und aus dem Willen, neu zu beginnen mit einem gerechten Ausgleich der Interessen aller Südslawischen Völker. Ermutigende Zeichen für einen Weg aus der Gewalt häufen sich. Die zivilen Bürgergesellschaften erwachen. Unterschriftenaktionen gegen selbsternannte Führer haben unerwarteten Erfolg. Unabhängige Friedensinitiativen überstanden die dunkle Nacht des Krieges in Serbien, in Kroatien, in Bosnien-Herzegowina und anderswo. Bürgerrechtsbewegungen haben dem chauvinistischen Taumel widerstanden. Parteien der tiefgreifenden demokratischen und sozialen Reform schöpfen neue Kraft.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kunstlicher Umgang  
und Verstoß u. Rückgabe  
Angehörige Person



Europa kann nur werden, wenn das Auseinanderbrechen des vormaligen Jugoslawien friedlich aufgefangen wird. Zuviel Blut ist geflossen. Zuviel Leid haben Menschen einander zugefügt. Unser Blick muß frei werden für die Lösung der wirklichen Aufgaben: die Ökonomien müssen modernisiert werden, die Ökologien gesunden, die soziale Gerechtigkeit durchgesetzt, die Demokratien zukunftsfest werden. Nur die konstruktiven Kräfte der zivilen Gesellschaften können an diese Aufgaben herangehen. Die destruktive militärische Gewalt verschleudert die Kreativität, vernichtet die humane Perspektive eines Zusammenlebens in der Achtung vor der Verschiedenheit der Kulturen. Europa muß lernen, die eigenen nationalen Ambivalenzen auszuhalten. Europa kann sie produktiv umarbeiten. Darin liegt die Chance unseres Kontinents: die Fähigkeiten der Familien unserer Völker füreinander aufzuschließen.

Es gab eine Zeit, da war Jugoslawien eine Hoffnung. Sie ist verloren. Ivo Andric hat gegen diesen Verlust angelebt. Er notierte einmal: "Von Ost nach West ist in jedem Punkte Teilung." Jede Gewalt reißt den Graben tiefer, macht die Teilung unüberwindlich. Der melancholische Blick zurück in die heroischen Anfänge als Jugoslawien geboren wurde im mutigen Widerstand gegen den Faschismus bringt nichts zurück außer die Trauer der Erinnerung. Darin aber liegt ein Schlüssel. Er kann uns die Tür öffnen, die ins Freie führt. Sein Name heißt Dialog.

Professor Vojislav Stanovic und Sonja Licht, Inspiratorin der Helsinki-Bürgerrechtsbewegung, beide aus Belgrad weisen auf ein Grundproblem der Classe politique des vormaligen Jugoslawien hin. Aus dem Gefängnis der Intoleranz muß erst ausgebrochen werden, damit die politische Kultur ihren autoritären Charakter verliert. Im Frühling dieses Jahres entscheidet sich die Zukunft der Völker und neuen Staaten auf dem Balkan. Die unabhängigen Bewegungen für Freiheit und Demokratie, für soziale Gerechtigkeit und ökologische Reform tragen eine hohe Verantwortung. Sie werden am heutigen 9. März ein Zeichen setzen. Ein Zeichen der Hoffnung für ein anderes Leben.

Der europäische Westen darf den europäischen Osten nicht allein lassen. Die serbische Kultur hat Europa unverwechselbar mitgeprägt. Hier begegnen sich Ost-Rom und West-Rom. Hier kreuzt sich die Christenheit mit dem Islam. Hier kann die Judenheit die Kulturen befruchten. Der Balkan bleibt ein Schmelztiegel der europäischen Kultur.

Die autonomen Bürgerbewegungen werden der Demokratie ihre Würde zurückgeben. Begreifen wir die Nationalität als Durchgangsstadium zu einem gemeinsamen Europa, das sich in praktischen Netzwerken miteinander verbindet, dann wird unser Kontinent die Zeit der Wirren rasch hinter sich lassen.

Das totalitäre Jugoslawien ist vergangen. Die aus seinem Zerfall entstehenden Staaten haben später die Chance, sich freiwillig in einem lockeren Bund zu assoziieren. Dieser Traum vom europäischen Jugoslawien bleibt.

(-/9. März 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Trotz Sparzwang: Keine Abstriche bei Reformpolitik**  
**Zur Regierungspolitik der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein**

Von Gert Börnsen MdL  
 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein

Die sozialdemokratische Reformpolitik in Schleswig-Holstein wird dem Rotstift der Bonner CDU/CSU/FDP-Bundesregierung nicht zum Opfer fallen, sondern ohne Abstriche fortgeführt. Kindergartenplätze, Wohnungsbau, Arbeitsmarktpolitik und Umweltschutz bleiben Kennzeichen sozialdemokratischer Reformpolitik.

Im Gegensatz zur Bonner Bundesregierung bleibt die SPD im Land bei ihren Zusagen. Trotz der Abschaffung der gesetzlich verbürgten Strukturhilfe und der Weigerung Bonn, den betroffenen Ländern bei der Konversion an Truppenabbau-Standorten zu helfen, wird es in Schleswig-Holstein keine Bau- und Investitionsruinen geben. Begonnene Projekte werden fortgeführt.

Die strukturschwachen Länder sind mit über drei Milliarden DM die Verlierer des Bonner Steuerpakets, die wirtschaftsstarke Länder und die Bundeskasse machen Milliarden-Gewinne auf Kosten der Schwachen. Nach den Berechnungen des Bundesfinanzministeriums - Länder und Kommunen jeweils zusammengenommen - beträgt das Einnahmepius 1992 bis 1994

in Baden-Württemberg	651 Millionen DM
in Hessen	385 Millionen DM
in Bayern	335 Millionen DM

Die Einnahmeverluste durch die Mehrheitsentscheidung im Deutschen Bundesrat betragen dagegen 1992 bis 1994

in Bremen	121 Millionen DM
in Hamburg	186 Millionen DM
im Saarland	229 Millionen DM
in Rheinland-Pfalz	477 Millionen DM
in Schleswig-Holstein	504 Millionen DM
in Nordrhein-Westfalen	928 Millionen DM
in Niedersachsen	1.264 Millionen DM.

Allein auf das Land Schleswig-Holstein bezogen (ohne Gemeinden) wird sich der Verlust in der mittelfristigen Finanzplanung 1992 bis 1994 auf 630 Millionen DM summieren. Dazu kommen weitere Kosten für die Folgen des Truppenabbaus.

Die Verantwortung für das Steuerpaket und die horrende Ungleichbehandlung der Länder trägt die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung. Der Spitzenkandidat der schleswig-holsteinischen CDU hat sich zum Erfüllungsgehilfen der Bundesregierung gemacht und damit gegen die Interessenvertretung des Landes entschieden. Er hat dem Land Schleswig-Holstein und seiner Bevölkerung schweren Schaden zugefügt.

Durch die vorausschauende und vorsichtige Rücklagenpolitik der Finanzministerin Heide Simonis besteht trotz allem eine gute Chance, ohne Haushaltsverwerfungen im Jahre 1992 politische Stabilität zu wahren. Das Land muß noch stärker sparen als bisher schon und mittelfristig eine halbe Milliarde DM einsparen. Der von CDU und FDP beabsichtigte Stillstand der Reformpolitik wird nicht eintreten. Allerdings müssen neue kostenwirksame Maßnahmen zurückgestellt werden. Forderungen von CDU- und FDP-Politikern nach Mehrausgaben sind in dieser Situation unverantwortlich und heuchlerisch.

(-/9. März 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Enttäuschung, Hoffnungslosigkeit, Verzweiflung**  
**Zur Lage in der Krisenregion Lausitz**

Von Dr. Dietmar Matterné MdB

Nun kam das zweite große Signal aus Hoyerswerda, einer Stadt, die wie keine andere Produkt einer sozialistischen Vergangenheit ist. 40.000 Menschen, Arbeitnehmer kamen zusammen, um auf ihre prekäre wirtschaftliche und soziale Lage aufmerksam zu machen.

Auf der Kundgebung am 26. Februar 1992 wurde stellvertretend für den gesamten Bereich der Braunkohleindustrie gesprochen. Wer dort anwesend war, hat gespürt, welche Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit und Enttäuschung diese Bürger auf die Straße getrieben hat. Besonders offenkundig kam der Unwille über die bisherigen Handlungen der politisch Verantwortlichen zum Ausdruck.

Deutlich spürbar war auch die Sympathie gegenüber dem Ministerpräsidenten aus dem Nachbarland Brandenburg, Dr. Stolpe.

Nach der Zielsetzung des SED-Staates war die Braunkohlewirtschaft so dominierend entwickelt, daß nicht viel anderes im Gebiet angesiedelt wurde. Die Region lebte und lebt nahezu ausschließlich von der monostrukturellen Energiewirtschaft.

Auch aus dem Bereich der vereinzelt vorhandenen übrigen Industrie gibt es kaum positive Beispiele. Mehrheitlich von der Treuhand verwaltete Betriebe kämpfen ohne erkennbare Vorwärtswirtschaft um ihren Fortbestand (zum Beispiel Fernsehkolbenwerk Tschernitz, Glasindustrie Weißwasser, Waggonbau Bautzen, ehemalige Aluminiumwerke Lautz und so weiter).

Wohlklingende Bekundungen aus Politik und Wirtschaft möchten die betroffenen Menschen nun nicht mehr hören. Klare und schnelle Entscheidungen sind gefordert.

Wenn man die Gutachten von McKinsey und PROGNOSE zur zukünftigen Energiewirtschaft ernst nimmt, sollte höchste Alarm- und Handlungsbereitschaft angesagt sein. Nach dem Gutachten ist die Braunkohle in der energiepolitischen Entwicklung der große Verlierer in Deutschland, - aber die Menschen wollen in diese Niederlage nicht mit hineingezogen werden.

Innerhalb kürzester Zeit wird die Zahl der Arbeitnehmer im Braunkohlebereich auf einen Bruchteil zurückgehen, auf deutlich weniger als 25 Prozent.

Das wird auch nicht wesentlich verbessert, falls der Neubau eines zusätzlichen Braunkohlekraftwerkes beschlossen wird.

Die ausscheidenden Arbeitnehmer haben in den betroffenen Gebieten zur Zeit kaum die Chance, eine andere Tätigkeit aufzunehmen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird noch dadurch verschärft, daß wegen magerster Sandböden Landwirtschaft kaum noch Bedeutung haben wird und somit ganze Dörfer geschlossen arbeitslos werden.

5.000 Menschen haben in den letzten Monaten bereits Hoyerswerda verlassen!

Die Lausitzer Braunkohle AG (LAUBAG) meldet schon für 1992 einen starken Absatzrückgang, circa eine Halbierung, die eigentlich erst 1994/95 eintreten sollte.

Dem ostdeutschen Bürger ist bewußt, daß der Braunkohleabbau beendet und eine völlig neue, auch reduzierte und ökologisch-verträgliche Energiewirtschaft errichtet werden muß. Bisher war die Bundesregierung nicht in der Lage sozialverträgliche und umweltgerechte Lösungen zu finden.

Wenn in kürzester Zeit über 100.000 Arbeitnehmer ihren Job verlieren, wenn über 100.000 Hektar Flächen durch den Kohleabbau beeinträchtigt werden, wenn schlimmste Altlasten Milliardenbeträge zur Sanierung benötigen, so ist das eine komplizierte Konstellation, welche mit den bisherigen Mitteln nicht lösbar sein wird. Wir haben es mit einer nationalen Aufgabe zu tun, Thema: "Braunkohle".

Dazu ist Konsens und Beteiligung aller politischen Kräfte notwendig. Bund, Länder, Parteien, Unternehmen müssen sich zu einer konzentrierten Aktion zusammenfinden. Ein paar tausend ABM-Kräfte, dazu zeitlich befristet und ungenügend ausgerüstet, werden die Sanierung der geschändeten Landschaft nicht zuwegebringen.

Unmißverständliche Forderungen lauten:

- Langfristige und professionelle Sanierung schafft Dauerarbeitsplätze und legt den Grundstein für eine gegliederte Infrastruktur.  
Hierzu sollten möglichst ortsansässige Firmen aktiviert und beauftragt werden.
- Dazu sind Kapazitäten des lebenden Bergbaus mit heranzuziehen, dies ist eine unverzichtbare Bedingung.
- Die ökologischen Gegebenheiten erzwingen für die weitere Braunkohleverwendung den Neubau modernster Anlagen mit höchsten Wirkungsgraden.
- Dazu sollte Forschung und Entwicklung auch hier berücksichtigt werden, BHKW- und GuD-technik kann ebenso auch in der Lausitz entwickelt werden, wie bisher im Ruhrgebiet oder in der Türkei.
- Nicht nur vernachlässigte Kulturstädte benötigen eine besondere Förderung. Für die sozialistischen Betonplattensiedlungen (Hoyerswerda, Weißwasser, Schwedt, Halle-Neustadt unter anderem) ist die Umwandlung in menschenwürdige Orte weitaus dringlicher.

Vielen Bürgern der schlesischen Lausitz im Gebiet um Hoyerswerda und Weißwasser, steht die dritte Vertreibung bevor:

- 1945 als Kriegsfolge,
- danach Enteignung beziehungsweise Nötigung zum Verlassen der Grundstücke und Orte, die für den Tagebau beansprucht wurden,
- ab 1991 Aussiedlung aus der Lausitz, weil vielfach die ganze Familie arbeitslos ist.

(-/9. März 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Gen-Manipulationen über den Versandhandel**  
**Zur Gauweiler'schen Verharmlosungs-Strategie**

Von Rolf Langenberger MdL

Sachkundige Personen und interessierte Laien können sich auf dem Markt alle für gentechnische Arbeiten erforderlichen Mikroorganismen, Nährböden, Enzyme und andere Chemikalien sowie Gerätschaften einzeln oder in mehr oder weniger vollständigen Experimentier-Sets beschaffen. Dies hat Bayerns Umweltminister Gauweiler (CSU) in der Antwort auf eine von mir im Landtag gestellte Anfrage eingeräumt. Mein Bezugspunkt war ein Bericht von ARD-"Report" gewesen, nach dem sogenannte Bio-Hacker krankheitsregende Bakterien, die sie über den Versandhandel beziehen, genetisch manipulieren. Ich wollte von der Staatsregierung wissen, wie sie derartige Versuche im Hinblick auf die von ihnen ausgehenden Gefahren beurteilt.

Die Antwort beruhigt mich in keiner Weise. Ich zweifle zwar nicht an den von Minister Gauweiler angeführten gesetzlichen Vorschriften, mit denen zum Beispiel Arbeiten mit pathogenen Mikroorganismen und ihre Ein- und Ausfuhr erlaubnispflichtig sind. Erhebliche Bedenken habe ich jedoch hinsichtlich der praktischen Überprüfung. Es bleibt das gerade auf diesem Gebiet besonders unangenehme Gefühl, daß Kriminalität oder Fahrlässigkeit kaum wirksam geahndet werden können, weil die Machenschaften nur schwer durchschaubar und unkontrollierbar sind. Verharmlosungsstrategien a la Gauweiler sind dieser Problematik nicht angemessen. Der Umweltminister, der vor einigen Jahren geradezu eine "Aids-Hysterie" angefacht hat, äußert sich jedenfalls merkwürdig verhalten, statt zu versuchen, Expertenrat einzuholen.

Nach Angaben von Gauweiler wird "den Gefahren, mit denen bei gentechnischen Arbeiten mit pathogenen Mikroorganismen zu rechnen" sei, "mit den in der Gentechnik-Sicherheitsverordnung verankerten Sicherheitsmaßnahmen begegnet". Sie bestimmten, daß die "sachkundigen Personen und interessierten Laien" die "geltenden Vorschriften, insbesondere das Gentechnikgesetz und das Bundesseuchengesetz, zu beachten" hätten. Ohne nähere Einzelheiten anzugeben behauptet Gauweiler weiter, daß die Staatsregierung dafür Sorge getragen hätte, "daß in Bayern ein effektiver Vollzug des Gentechnikrechts gewährleistet ist". Es werde ferner "davon ausgegangen, daß auch mikrobiologische Stammsammlungen im Ausland pathogene Mikroorganismen nicht ohne Sachkundennachweis des Bestellers abgeben".

Immerhin will Minister Gauweiler aber nicht ausschließen, daß im Versandhandel erhältliche Experimentierkästen "gentechnische Arbeiten unter Rahmenbedingungen ermöglichen, die den Anforderungen des Gentechnikgesetzes nicht gerecht würden". Er habe die Bundesregierung daher gebeten, sicherzustellen, "daß nur Experimentierkästen auf den Markt gelangen, die keinen Anforderungen nach dem Gentechnikgesetz unterliegen".

Nach dem Bericht von "Report" züchten Bio-Hacker die erforderlichen Bakterien entweder selbst oder beziehen sie als Versandware bei den internationalen Bakterienbanken. Voraussetzung sei lediglich die Zahlung von umgerechnet rund 1.050 Mark für das Basispaket der Gen-Manipulation. Die Grundausstattung wird nach Angaben von "Report" in den USA produziert und kann von dort problemlos importiert werden. Dazu meinte Minister Gauweiler, daß sich mit dem Experimentierkasten nur relativ einfache genetische Experimente ermöglichen lassen. Die Vorgänge liefen "unter natürlichen Bedingungen (Bakterien der Mundflora) ab" und seien "weder mit Gefahren für die menschliche Gesundheit noch für die Umwelt verbunden".

(-/9. März 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*